Artikel vom 04.01.2019 · Ausgedruckt am 13.11.2026, 12:22 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/brandbrief-zum-wolf

Brandbrief zum Wolf



Foto: pixabay

Bundesagrarministerin Julia Klöckner sorgte mit einem Brief an ihre Kabinettskollegin Svenja Schulze am vergangenen Wochenende für Schlagzeilen. Mehrere Redaktionen berufen sich auf ein Dokument, das der Rheinischen Post vorliegt. Darin fordere Klöckner eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, um den Abschuss von Wölfen zu erleichtern. Es sollten alle rechtlichen Möglichkeiten zur Reduzierung des Wolfsbestands ausgeschöpft werden, die das internationale und europäische Artenschutzrecht bereithält. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hatte der CDU-Agrarministerin schon zugesagt, eine Entnahme besonders auffälliger Wölfe zum Schutz der Landwirtschaft erleichtert zu ermöglichen. „Aus meiner Sicht reicht diese Änderung aber nicht aus“, zitiert die Rheinsche Post Klöckners Brandbrief. Zusätzlich müsse das Naturschutzgesetz an anderer Stelle so geändert werden, dass eine „gemäßigte Bestandsregulierung selbst für streng geschützte Arten“ wie den Wolf möglich werde. „Der Wolfsbestand unterliegt einer hohen Populationsdynamik und wächst um ca. 25 bis 30 Prozent pro Jahr, verdoppelt sich also alle drei bis vier Jahre“, schreibt Klöckner laut Rheinscher Post in dem Brief. „In Deutschland leben mittlerweile mehr als 600 Wölfe. Die Wolfsübergriffe auf Nutztiere haben entsprechend zugenommen, bereits 2016 wurden mehr als 1 000 Risse gezählt“, unterstreicht Klöckner die Notwendigkeit, den Handlungsspielraum zu vergrößern.